Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT **Groß-Umstadt, den 05.11.2026**

Niederschrift

3. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 29.10.2026

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
Herr Dr. Jochen Ohl

Stellvertretende Ausschussvorsitzende
Frau Annette Huber

Ausschussmitglied
Herr Dennis Alfonso Muñoz
Herr Heiko Listner
Herr Hansgeorg Münch
Frau Elisabetta Schadt
Herr Johannes Seippel

Stellvertretendes Mitglied
Frau Marina Glorius
Herr Frank Kim Pullmann

Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Claudia Harms

Fraktionsvorsitzende/r
Herr Stefan Jost
Frau Patricia Rodet

Bürgermeister
Herr Bürgermeister René Kirch Ab 20:35 Uhr

Erster Stadtrat
Herr Erster Stadtrat Norbert Knöll

Magistrat
Herr Stadtrat Johannes Burghaus

Seniorenbeirat
Herr Reinhard Daum

Verwaltung
Frau Melanie Rau
Frau Susanne Schübler

Schriftführung
Frau Christiane Diehl

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Frau Tina Weber	Entschuldigt; Vertreterin Fr. Glorius
Frau Kathrin Weigel	Entschuldigt; Vertreter Hr. Pullmann

Beginn der Sitzung:	20:00 Uhr
Ende der Sitzung:	21:37 Uhr

Tagesordnung:

3. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 29.10.2026

1. Begrüßung

2. Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2026

3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

4. Mitteilungen des Magistrats

4.1. Beantwortung der Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zur Fluktuation in der Stadtverwaltung
Vorlage: 320/0100/2026

4.2. Budgetbericht der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2026; Zeitraum 01.01.2026 bis 31.08.2026
Vorlage: 340/0011/2026

5. Kostendeckung Kita "Kleine Arche"
Vorlage: 230/0008/2026

6. Stadthalle Groß-Umstadt - Grundinstandsetzung RLT-Anlage
Vorlage: 230/0009/2026

7. Überarbeitung Zweitwohnungssteuersatzung ab 01.01.2027
Vorlage: 350/0005/2026

8. Ehrungen langjähriger Gremienmitglieder
Vorlage: 910/0092/2026

9. Besetzungen Beiräte mit sachkundigen Mitgliedern

9.1. Besetzung Klimabeirat mit sachkundigen Mitgliedern
Vorlage: 910/0094/2026

9.2. Besetzung Frauenbeirat mit sachkundigen Mitgliedern
Vorlage: 910/0095/2026

9.3. Besetzung Stadtmarketingbeirat mit sachkundigen Mitgliedern
Vorlage: 910/0096/2026

10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.26 - Erstellung einer Katzenschutzverordnung
Vorlage: Grüne/0002/2026

11. Antrag der Fraktionen Bündnnis 90/Die Grünen und SPD vom 09.10.2026 - Effzientes Beschlusscontrolling
Vorlage: SPD-Grün/0001/2026

11.1. Änderungsantrag der Fraktion BVG vom 20.10.2026 zur Beschlussvorlage 0001/2026 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 09.10.2026 - Effzientes Beschlusscontrolling
Vorlage: BVG/0001/2026

12. Neugestaltung des Budgetberichtes

13. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1 **Begrüßung**

Ausschussvorsitzender Dr. Ohl begrüßt alle Anwesende und eröffnet die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zu TOP 2 **Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2026**

Gegen das Protokoll der 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.09.2026 liegen keine Einwendungen vor.

Zu TOP 3 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Ausschussvorsitzender Dr. Ohl berichtet zum Vorstellungstermin des Haushaltsentwurfes 2027 für die Fraktionsvorsitzende am 20.10.2026

Zu TOP 4 **Mitteilungen des Magistrats**

Bürgermeister Kirch

- berichtet über eine Beschlussfassung des Magistrates zum Fuhrpark der Verwaltung.
- informiert über die Einführung der KI „Sidekick“ innerhalb der Verwaltung.
- kündigt an, dass den Mandatstragenden zukünftig auch Kennzahlen aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden könnten.
- spricht die Veranstaltungen zur Zukunftswerkstatt in den Stadtteilen an diesem Wochenende an.

Zu TOP 4.1 **Beantwortung der Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" zur Fluktuation in der Stadtverwaltung**
Vorlage: 320/0100/2026

Inhalt der Mitteilung

1) Fluktuationsrate der letzten Jahre

Jahr	Gewerblich	Kita	Verwaltung	Gesamt	Fluktuationsrate
2020	4	28	14	46	11,8 %
2021	2	32	23	57	14,6 %
2022	1	23	23	47	12,05 %
2023	6	21	23	50	12,8 %
2024	6	23	17	46	11,8 %
2025	4	20	15	39	10 %
bis 30.09.2026	3	16	12	31	7,9%

Durchschnittlich sind jährlich 2 – 4 Austritte wegen Renteneintritt zu verzeichnen. Austritte von Saisonkräften sind nicht vermerkt.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl liegt bei 390 Mitarbeitenden.
Die durchschnittliche Fluktuationsrate liegt derzeit für den öffentlichen Dienst bei 13%.

2) Gründe für Wechsel

In Austrittsgesprächen werden neue berufliche Herausforderungen, höhere Verdienstmöglichkeiten sowie bessere Weiterentwicklungsmöglichkeiten bei dienstlich größeren Organisationen und anderen Rechtsformen genannt. Weiterhin wurde zu einer Kommune außerhalb des Wohnortes gewechselt, um nicht vor Ort als Ansprechperson der Stadt für alles „verantwortlich" zu sein. Auch wurde Unzufriedenheit mit der Stärke der personellen Besetzung genannt.

3) Maßnahmen

Derzeit wird eine Personalstrategie erarbeitet. Diese beinhaltet ein Onboardingkonzept, welches Einarbeitungspläne sowie Mentoringprogramme vorsieht. Gesprächsleitfäden für Mitarbeitendengespräche, insbesondere individuelle Personalentwicklungsgespräche, werden erarbeitet, um frühzeitig Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und Nachwuchskräfte zu binden. Die Teilnahme an Angeboten zur Führungskräfteentwicklung wird seit 2024 verstärkt gefördert.
Aktuell wird das Betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut. Hierdurch soll Fokus auf die physische und mentale Gesundheit gelegt werden.
Ab September erfolgt die Zertifizierung zum „Familienfreundlichen Arbeitgeber". Hierfür wird das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" weiter ausgebaut.
Alle Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass die Stadt Groß-Umstadt als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4.2 Budgetbericht der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2026; Zeitraum 01.01.2026 bis 31.08.2026 Vorlage: 340/0011/2026

Inhalt der Mitteilung

Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt über den Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres 2026 gem. § 28 Abs. 1 GemHVO

Mit dieser Mitteilung erhalten Sie den 2. Budgetbericht der Stadt Groß-Umstadt im Haushaltsjahr 2026 für die Zeit vom 01.01.2026 bis 31.08.2026.

Zur besseren Vergleichbarkeit für die Gremien ist der Budgetbericht analog des Haushaltsplanes aufgebaut. Er besteht aus einer Gesamtergebnisrechnung, einer Gesamtfinanzrechnung, dem Investitionsprogramm sowie den Teilergebnis- und Finanzrechnungen auf Budgetebene.

Die „Ist-Zahlen“ sind alle bis zum Stichtag erfassten Forderungen und Verbindlichkeiten. In diesen Beträgen sind somit sämtliche Abschlags-verbindlichkeiten für Energie und Mietzahlungen (z. B. Strom, Gas, Obdachlosenunterkunft, Vermiete an deine Stadt) und alle zu erzielende Erträge für Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (z. B. vermietete Liegenschaften, Vermiete an deine Stadt) enthalten.

Aus diesem Grund kann es an der ein oder anderen Position zu bereits ausgeschöpften Ansätzen kommen, was sich über das fortlaufende Jahr wieder amortisieren wird.

Ergebnishaushalt:

Im Ergebnishaushalt zeigt sich in einzelnen Budgets zum Stichtag 31.08.2026, dass die bislang erzielten Erträge teilweise hinter den für diesen Zeitpunkt erwarteten Ansätzen zurückbleiben. Dies ist insbesondere auf zeitliche Verzögerungen bei der Erstellung und Bearbeitung von Bescheiden zurückzuführen. Ursächlich hierfür sind unter anderem personelle Engpässe in den betroffenen Abteilungen, wodurch sich die Bearbeitung und die Erstellung der Bescheide teilweise verzögern.

Darüber hinaus können einzelne Erträge zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgetberichts noch nicht berücksichtigt werden, da die zugrunde liegenden Sachverhalte erst zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr eintreten. Dies betrifft insbesondere Erträge im Zusammenhang mit Veranstaltungen bzw. Festen, die zum Stichtag des Budgetberichts noch nicht stattgefunden und somit die Erträge erst Ende des 3. Quartales erwartet werden.

Die derzeitige Abweichung bei den Erträgen ist somit teilweise durch zeitliche Verschiebungen bedingt und lässt zum Stichtag noch keinen abschließenden Rückschluss auf die tatsächliche Ertragsentwicklung des Gesamtjahres zu. Die weitere Entwicklung wird im Rahmen der laufenden Budgetbewirtschaftung beobachtet.

Die Erträge bei den Steuerreinnahmen der Gewerbesteuer und Grundsteuern konnten wie geplant erreicht werden. Über die Entwicklung des 3. und 4 Quartals für die Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteile liegen uns noch keine Daten vor.
Eine Aussage darüber, ob die veranschlagten Ansätze erreicht werden, kann erst Mitte Oktober getroffen werden.

Derzeit liegen uns aus den Abteilungen keine Meldungen über bevorstehende Fehlentwicklungen in den Budgets vor.

Die sich aus unvorhersehbaren Ereignissen im Weltgeschehen ergebenden Kostenmehrungen, allen voran die Verteuerung des Kraftstoffes sowie steigende Preise für Konsum und Bau sind weiter nicht steuerbar. Ein Überschreiten der Ansätze vor allem bei den Treibstoffen ist die logische Folge. Hier wird von Seiten der Verwaltung an Einsparpotentialen gearbeitet, um die Budgets einhalten zu können.

Für die Sanierung der Kita „Kleine Arche“ werden zurückgezahlte Zuschüsse der Ev. Kirche aus dem Jahr 2025 als Deckung herangezogen für das Budget des Gebäudemanagements. Die Ausgaben für diese Maßnahme konnten bei Aufstellung des Haushaltes nicht geplant werden. Ein Beschluss über die Heranziehung und Umbuchung dieser Mittel vom Budget 06-A in das Budget 01-B wurde bereits in den Sitzungsdienst gegeben.

Derzeit gehen wir davon aus, dass das geplante Defizit im Ergebnishaushalt eingehalten werden kann.

Finanzhaushalt / Investitionsprogramm:

Einzahlungen im investiven Bereich:

Unter den Einzahlungen für Investitionszuweisungen befinden sich auch mehrere Beträge **aus Fördermaßnahmen**. So erhielten wir in diesem Jahr die Förderung für den Anbau der Kita Kleestadt aus der Hessenkasse in Höhe von 2.758.905 EURO, eine Förderung für die Dachsanierung des Bürgerhauses Kleestadt in Höhe von 35.836 EURO, Förderungen vom Leader Programm für Anschaffungen im Jugendzentrum sowie dem Förderprogramm „Starke Kitas“ in Höhe von 49.000 EURO.

Auszahlungen im investiven Bereich:

Wie bekannt, wurde das Freibad fertiggestellt und für den Betrieb freigegeben. Die endgültige Abrechnung ist noch nicht erfolgt, weshalb heute noch keine Gesamtkosten beziffert werden können. An Förderungen wurden bereits im letzten Jahr 3.325.000 EURO vom Bund und 800.00 EURO vom Land abgerufen. Die noch offene Restförderung erhalten wir nach Vorlage des Verwendungsnachweisen bis Ende dieses Jahres, hier werden weitere 375.000 EURO eingehen.

Bei der Investitionsmaßnahme Nr. I-00000197 wird im Investitionsplan aufgrund einer erhaltenen Kostenbeteiligung eine rechnerische Überschreitung des veranschlagten Investitionsbudgets ausgewiesen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine falsche Darstellung im Investitionsplan. Eine tatsächliche Überschreitung der für die Maßnahme zur Verfügung stehenden Investitionsmittel liegt nicht vor. Unter Berücksichtigung der erhaltenen Kostenbeteiligung bewegt sich die Maßnahme vollständig innerhalb des hierfür vorgesehenen Budgets. Die im Investitionsplan ausgewiesene Abweichung ist daher entsprechend einzuordnen und stellt keine tatsächliche Mehrbelastung des Investitionsbudgets dar.

Haushaltsermächtigungen:

Von den aus dem Vorjahr übertragenen Ansätzen in Höhe von 15.644.075 EURO wurden bis 31.08. bereits 5.557.499 EURO verausgabt und weitere 8.226.363 EURO sind beauftragt. Die Abarbeitung verläuft planmäßig. Demnach sind wir auch in diesem Jahr der Vorgabe der Kommunalaufsicht, unsere Haushaltsermächtigungen vorrangig abzubauen sehr gut nachgekommen.

Flüssige Mittel:

Die Finanzierung der Investitionen konnte in den letzten 5 Jahren mit positiven Finanzmittelüberschüssen aus dem Ergebnishaushalt und erhaltenen Förderungen bestritten werden. In diesem Jahr ist es notwendig, die Kreditermächtigung aus dem Vorjahr in Anspruch zu nehmen. Gerade bei den Fördermitteln gilt der Umstand, dass sie grundsätzlich nur zeitverzögert abgerufen werden können und sich somit eine Vorfinanzierung nicht vermeiden lässt.

Sondervermögen LuKIFG:

Über die Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 werden derzeit Investitionen zu einem „Konzept“ zusammengeführt, welche die Stadtverordnetenversammlung dann mit einer Priorisierung für die Anmeldung zur Förderung beschließen soll.

Der angekündigte Erlass zur Umsetzung ist bis dato nicht ergangen, so dass eine Anmeldung derzeit nicht möglich ist.

Nach Auskunft des RP sind ohnehin alle zur Förderung priorisierten Investitionen gesetzeskonform in den Haushalt einzuplanen und mit einer „Alternativ“-Finanzierung zu versehen. Erst wenn die Maßnahme auf der Förderliste der WI-Bank veröffentlicht wird, darf eine Planung der Fördermittel im Haushalt erfolgen. Aus diesem Grund werden die Einzahlungen voraussichtlich erst ab dem Haushalt 2028 im Investitionsprogramm eingeplant werden können.

Groß-Umstadt, 07.09.2026
Abteilung 340

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 **Kostendeckung Kita "Kleine Arche"**
Vorlage: 230/0008/2026

Beschlussvorschlag:

Für das Budget 001-B, Teilbudget 01230 „Gebäudemanagement, “ werden gem. § 100 HGO für das Haushaltsjahr 2026 überplanmäßige Mittel in Höhe von 203.000,00 EURO zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt aus Minderauszahlungen im Budget 06-A, Teilbudget 06140 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege“.

Abstimmungsergebnis:
Ja 8
Enthaltung 1
Einstimmige Empfehlung

Zu TOP 6 **Stadthalle Groß-Umstadt - Grundinstandsetzung RLT-Anlage**
Vorlage: 230/0009/2026

Ausschussmitglied Listner stellt mündlich einen Änderungsantrag, der eine Reparatur der Anlage favorisiert.

Aus der weiteren Beratung heraus stellt Ausschussmitglied Alfonso Muñoz folgenden Änderungsantrag:

Beschlussvorschlag:

Da die beigefügten Angebote aus dem Februar 2025 stammen und der Magistrat vor Vergabe der Aufträge einen Sachverständigen zur Begutachtung einbeziehen möchte, wird die Beschlussvorlage an den Magistrat zurückgegeben.
Nach Einholung aktueller Angebote sowie ein Ergebnis des Sachverständigen soll die Vorlage erneut in den Geschäftsgang der Gremien gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:
Ja 9
Einstimmige Empfehlung

Durch die Abstimmung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion wird eine Abstimmung über die Beschlussvorlage und des Änderungsantrages der FDP-Fraktion hinfällig.

Zu TOP 7 **Überarbeitung Zweitwohnungssteuersatzung ab 01.01.2027**
Vorlage: 350/0005/2026

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Stadt Groß-Umstadt wird zum 01.01.2027 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Ja 9
Einstimmige Empfehlung

Zu TOP 8 **Ehrungen langjähriger Gremienmitglieder**
Vorlage: 910/0092/2026

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 28 HGO und § 7 der Hauptsatzung der Stadt Groß-Umstadt folgende Ehrenbezeichnungen verliehen:

Karl-Heinz Dührig	Ehrenortsvorsteher
Marina Glorius	Ehrenstadtverordnete
Christian Gradl	Ehrenstadtverordneter
Matthias Kreh	Ehrenstadtverordnetenvorsteher
Klaus Mahla	Ehrenortsvorsteher
Ursula Münch	Ehrenstadträtin
Dr. Klaus Menge	Ehrenmitglied des Ortsbeirates
Karl-Heinz Prochaska	Ehrenortsvorsteher

Die Ehrungen sollen im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in der Stadtverordnetenversammlung am 13.11.2026 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Ja 9
Einstimmige Empfehlung

Zu TOP 9 **Besetzungen Beiräte mit sachkundigen Mitgliedern**

Fraktionsvorsitzender Jost kündigt einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, BVG und CDU an und stellt diesen mündlich vor. Zwar wurde dieser Antrag bereits allen Fraktionen zur Verfügung gestellt, konnte jedoch noch nicht von allen intern beraten werden. Es wird aber allgemeine Zustimmung signalisiert.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf keine Beschlussempfehlungen auszusprechen und den Änderungsantrag abzuwarten.

Zu TOP 9.1 **Besetzung Klimabeirat mit sachkundigen Mitgliedern**
Vorlage: 910/0094/2026

Abstimmungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

Zu TOP 9.2 **Besetzung Frauenbeirat mit sachkundigen Mitgliedern**
Vorlage: 910/0095/2026

Abstimmungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

Zu TOP 9.3 **Besetzung Stadtmarketingbeirat mit sachkundigen Mitgliedern**
Vorlage: 910/0096/2026

Abstimmungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

Zu TOP 10 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.26 - Erstellung einer Katzenschutzverordnung**
Vorlage: Grüne/0002/2026

Ausschussmitglied Huber stellt den Antrag vor und kündigt abschließend noch einen Änderungsantrag dazu an.
Bürgermeister Kirch weist darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand zur Umsetzung der Katzenschutzverordnung nur minimal gehalten werden kann.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, auf Grundlage von § 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) in Verbindung mit der entsprechenden hessischen Übertragungsregelung den Entwurf einer kommunalen Katzenschutzverordnung für das Stadtgebiet Groß-Umstadt zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.12.2026 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verordnung soll insbesondere folgende Regelungen enthalten:

1. eine Kastrationspflicht für Katzen mit unkontrolliertem Freigang (Freigängerkatzen),
2. eine Pflicht zur dauerhaften, eindeutigen Kennzeichnung (z. B. Mikrochip) sowie zur Registrierung dieser Tiere in einem zentralen Haustierregister,

3. angemessene Ausnahmen, insbesondere für reine Wohnungskatzen ohne Freigang sowie für Katzen aus anerkannten Zuchten mit kontrollierter Vermehrung,

4. eine Übergangsfrist für bereits gehaltene Tiere sowie eine Härtefallregelung für Halter*innen in wirtschaftlich schwieriger Lage.

Abstimmungsergebnis:
Ja 5
Enthaltung 4
Einstimmige Empfehlung

<u>Zu TOP 11</u> **Antrag der Fraktionen Bündnnis 90/Die Grünen und SPD vom 09.10.2026 - Effzientes Beschlusscontrolling**
Vorlage: SPD-Grün/0001/2026

Ausschussmitglied Huber stellt den Antrag für die beiden Antragstellerinnen vor.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge ergänzend zum Beschluss vom 26.02.2026 (SPD/FDP/0004/2025), beschließen:

1. Die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses wird um den ständigen Tagesordnungspunkt „Beschlussprüfung“ erweitert.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss zu jeder Sitzung einen schriftlichen Bericht über den Umsetzungsstand aller offenen, von der Stadtverordnetenversammlung gefassten, Beschlüsse vorzulegen.

3. Der Umsetzungsstand jedes einzelnen Beschlusses ist im Bericht mittels eines Ampelsystems wie folgt zu kennzeichnen:
Grün: Der Beschluss wird fristgerecht und vollständig umgesetzt.
Gelb: Der Beschluss befindet sich in Umsetzung, es liegt eine Verzögerung vor.
Rot: Der Beschluss ist nicht oder unzureichend umgesetzt, die für die Umsetzung vorgesehene Frist ist oder wird überschritten.

4. Bei mehrteiligen Beschlüssen mit mehreren Einzelpunkten (z. B. Beschlusspunkt 1, 2, 3, o.ä.) ist jeder Einzelpunkt gesondert mit der jeweils zutreffenden Ampelfarbe zu kennzeichnen und zu bewerten. Eine zusammenfassende Bewertung des Gesamtbeschlusses ersetzt die Einzelbewertung nicht.

5. Für alle mit Grün gekennzeichneten Beschlüsse ist im Bericht auch anzugeben, ob finanzielle Mittel übrig geblieben sind.

6. Für alle mit Gelb oder Rot gekennzeichneten Beschlüsse bzw. Beschlussteile ist

im Bericht jeweils die konkrete Ursache der Verzögerung bzw. Nichtumsetzung anzugeben, z. B.:
- Fördermittelantrag ist gestellt, Bewilligungsbescheid steht noch aus,
- fehlende personelle Ressourcen in der zuständigen Fachabteilung,
- fehlende, unzureichende oder noch nicht bereitgestellte finanzielle Mittel,
- Abhängigkeit von Dritten bzw. externen Genehmigungs- oder Bewilligungsverfahren,
- sonstige planerische, rechtliche oder technische Hemmnisse.

7. Wird ein Beschluss oder Beschlussteil noch nicht umgesetzt, ist im Bericht ein voraussichtlicher neuer Umsetzungstermin zu benennen.

8. Das neue Beschlusscontrolling soll in der Übersicht Informationen über Antragsschlüssel, Beschlussdatum, Sachverhalt, Verantwortlichkeit, Status/Ampelsystem und Begründung enthalten. Die Ordnung der Liste nach Anträgen der Parteien und Verwaltung entspricht der Antragsliste der Verwaltung zu den Haushaltssitzungen.

9. Der Bericht ist dem Haupt- und Finanzausschuss erstmals in dessen übernächster Sitzung vorzulegen und anschließend fortlaufend zu aktualisieren.

10. Eine digitale Lösung soll zum HH 2027 geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

Zu TOP 11.1 **Änderungsantrag der Fraktion BVG vom 20.10.2026 zur Beschlussvorlage 0001/2026 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 09.10.2026 - Effzientes Beschlusscontrolling**
Vorlage: BVG/0001/2026

Fraktionsvorsitzender Jost stellt den Änderungsantrag vor und kündigt einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BVG und CDU an, der den jetzigen ersetzt.

In der weiteren Beratung schlägt Ausschussmitglied Alfonso Muñoz vor in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung auszusprechen und regt an, dass alle Fraktionen einen gemeinsamen Antrag erarbeiten sollen.
Diesem Vorschlag wird Folge geleistet.

Bürgermeister Kirch bittet darum, dass die Verwaltung in diesen Prozess eingebunden wird.

Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird wie folgt gefasst:

1.) Die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses wird um den ständigen Tagesordnungspunkt „Beschlussprüfung“ erweitert. Entsprechend ist die Liste der offenen Beschlüsse ab der ersten Sitzung des Haupt- & Finanzausschusses 2027 spätestens drei Werktage vor der Sitzung in der bisherigen Form, ak-

tualisiert den Unterlagen für die Sitzung hinzuzufügen.

2.) Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit und bis wann die bisherige Liste um die folgenden Punkte erweitert werden kann, soweit dies in den Prozessablauf der Verwaltung integriert werden kann, ohne dass unverhältnismäßig hoher Zusatzaufwand entsteht:

a.) Entwicklung von Kriterien, welche Beschlüsse mit Terminen zu versehen und damit laufend hinsichtlich ihres Sachstandes zu berichten sind

b.) Einführung eines aussagekräftigen Ampelsystems (z.B. Rot, Gelb, Grün), das dem schnellen Erkennen des Erledigungsstatus dient.

c.) Einführung eines aktuellen und aussagefähigen Sachstandsbericht zu jedem Beschluss. Mögliche Kriterien können hierbei sein: Antragsschlüssel, Beschlussdatum, Erledigungstermin, Sachverhalt, Verantwortlichkeit usw..

d.) Beschreibung des Zusatzaufwandes, der für die Veränderung und die laufende Führung des Beschlusscontrollings anfällt (inkl. evtl. personellem Mehrbedarf)

Der Bericht zu dieser Prüfung ist dem Haupt & Finanzausschuss rechtzeitig (spätestens eine Woche vorher) vor dessen zweiter Sitzung im Jahre 2027 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

ohne Beschlussempfehlung

<u>Zu TOP 12</u> Neugestaltung des Budgetberichtes

Ausschussvorsitzender Dr. Ohl berichtet, dass in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung vereinbart wurde, dass alle Fraktionen eine Rückmeldung zur Gestaltung des Budgetberichtes geben sollen.
Von Seiten der CDU-Fraktion kam eine Negativmeldung.
Ausschussmitglied Alfonso Muñoz berichtet, dass seine Fraktion einige Ideen dazu hätte und möchte gerne mit allen Fraktionen sowie der Verwaltung einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten.

<u>Zu TOP 13</u> Mitteilungen und Anfragen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt Ausschussvorsitzender Dr. Ohl um 21:35 Uhr die Sitzung.

Dr. Jochen Ohl	Christiane Diehl
Ausschussvorsitzender	Schriftführung